

117 Prozent Steigerung der industriell-gewerblichen Bauvorhaben!

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **22 (1947)**

Heft 6

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-101898>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

woraus eine Zunahme um 140 Fabriken resultiert. Die Gruppe «Herstellung und Bearbeitung von Metallen» verzeichnet eine Zunahme um 85 auf 971, die «Uhrenindustrie» eine solche um 82 auf 1029 Fabriken.

Seit 1939 ist die Zahl der dem eidgenössischen Fabrikgesetz unterstellten Betriebe um die gewaltige Zahl von über 2000 gestiegen. gk.

117 Prozent Steigerung der industriell-gewerblichen Bauvorhaben!

In seinem Mitteilungsblatt führt der Delegierte für Arbeitsbeschaffung, Direktor Zipfel, zur Wirtschaftslage unter anderem aus: «Je höher wir Preise und Löhne hinauftreiben, um so schneller nähern wir uns dem Moment, wo unsere Exportprodukte auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren können, die Bautätigkeit wegen zu hoher Kosten zusammenbricht und die Konjunktur umschlägt. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, diesen Zeitpunkt so lange wie möglich hinauszuschieben. Dieses Ziel kann durch Maßhalten erreicht werden, durch Maßhalten in den Lohn- und Preisforderungen, in den Investitionen, im Geldausgeben und in den Staatsausgaben. Dafür aber sparen! Sparen sollte jeder Einzelne, Reserven bilden jedes Unternehmen, aber vor allem die öffentliche Hand. Dabei hat die Investitionslust ein Ausmaß angenommen wie nie zuvor in unserer Wirtschaftsgeschichte. Die Wirtschaft meldet Bauprojekte, die *weit über ein gesundes Maß* hinausgehen. Die Staatsausgaben haben sich seit dem Kriegsende nicht so zurückgebildet, wie es zu erwarten gewesen wäre. Immer noch geben Bund, Kantone und Gemeinden zusammengerechnet etwa 3,4 Milliarden Franken aus, gegenüber etwa 1,4 Milliarden Franken im letzten Hochkonjunkturjahr 1929. Die Steuern lasten dementsprechend schwer auf der Wirtschaft und jedem Einzelnen und erschweren dadurch die Bildung von Sparkapital. Es ist fünf Minuten vor zwölf.

Gelingt es nicht, noch im letzten Moment das Steuer herumzuwerfen, sehen Wirtschaft und Behörden nicht endlich ein, daß ihre Investitions- und Ausgabenpolitik Öl ins Feuer der Inflation bedeutet, so kann man nur mit banger Sorge in die Zukunft blicken.»

Über die Bautätigkeit im Jahre 1947 berichtet das Mitteilungsblatt unter anderem: «Die diesjährigen Zahlen lassen einen außerordentlichen *Anstieg der Bauvorhaben* erkennen. Die zivilen Bauvorhaben steigen von 1092,7 Millionen Franken im letzten Jahre auf 1734,6 Millionen Franken im laufenden Jahre an, während die militärischen Bauten nur noch 1,5 Millionen Franken betragen gegenüber 32,6 Millionen Franken im Vorjahre. Die Wohnbauvorhaben weisen einen Anstieg von 62,9 Prozent und die öffentlichen Bauvorhaben (ohne Armeebauten) einen solchen von 30,7 Prozent auf, während im industriell-gewerblichen Sektor gar ein solcher von 117 Prozent zu verzeichnen ist, so daß die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Wohnungsproduktion immer schwieriger wird. *Die wirksamste Maßnahme zur Bekämpfung der Wohnungsnot besteht zweifellos in einer Zurückstellung aller nicht unbedingt dringlichen öffentlichen Arbeiten.* Die Bauvorhaben übersteigen die Kapazität des Baugewerbes in allen Kantonen erheblich.»

AUS UNSEREN SEKTIONEN

Zürich, Sektionsvorstand

Sitzungen vom 27. März und 24. April 1947

Aus dem Protokoll: *Neuaufnahmen*: Baugenossenschaft Zurlinden, Zürich 4, Stauffacherstraße 9; Baugenossenschaft Heimet-Adliswil; Gewerkschaftliche Wohn- und Baugenossenschaft «Gewobag», Zürich 4, Werdstraße 36; Bau- und Siedlungsgenossenschaft Schwyzerhüsi, Im Hummel 24.

Die Geschäftsliste der am 3. Mai 1947 stattfindenden Generalversammlung der Sektion wird festgelegt und durchberaten; den Mitgliedern der Sektion werden der Jahresbericht und der Statutenentwurf mit der Einladung zur Generalversammlung zugestellt.

Zum Geschäft «Verschiebung der Wohnungswechseltermine» auf 1. Mai, 1. August und 1. November nimmt der Vorstand erst definitive Stellung nach Anhörung des Referates von Gemeinderat J. Vannini. Rücktritte aus dem Sektionsvorstand liegen vor von Herrn Dr. Etter, Frl. Nauer und E. Pletscher. Für diese drei soll die Ersatzwahl an der Generalversammlung stattfinden und der Vorstand zugleich von 11 auf 15 Mitglieder erhöht werden, um auch den neugegründeten Genossenschaften eine Tätigkeit im Sektionsvorstand zu ermöglichen.

Die Sektion Zürich ist vom Verband beauftragt worden, die Verbandstagung am 31. Mai und 1. Juni 1947 in Olten durchzuführen. Orientierungshalber werden die getroffenen

Anordnungen zur Kenntnis genommen. Unterkunftsmöglichkeiten werden in Olten, Aarburg und Schönenwerd geschaffen, Verhandlungsort selbst sind Theatersaal und Kongreßhaus in Olten. Die Kosten für die Tageskarte werden auf Fr. 9.— festgelegt.

Die von 79 Genossenschaftlern besuchte Delegiertenversammlung im «Du Pont», die einberufen wurde, um zur Durchführung des Internationalen Genossenschaftstages Stellung zu nehmen, kam nach Anhörung verschiedener Diskussionsredner zum Schlusse, daß der Internationale Genossenschaftstag mangels geeigneter Räumlichkeiten nicht gemeinsam durchgeführt werden kann, wie dies die Sektion Zürich vorschlagen wollte. Dagegen wurde der Wunsch ausgesprochen, es möchte der Feier selbst durch die einzelnen Genossenschaften vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Lampionbeleuchtungen seien wieder vermehrt durchzuführen. Nachbargenossenschaften möchten sich zur gemeinsamen Durchführung vereinen. Am Genossenschaftstag soll «jung und alt» mitwirken und «Eigengewächs» innerhalb der Genossenschaft bevorzugt werden, um die Genossenschaftler zur Mitwirkung anzuspornen. Kinder und Schulentlassene sollen mithelfen, in Freizeitwerkstätten zur Aufführung notwendige Gegenstände selbst zu verfertigen und zu zimmern. Dem Flaggenschmuck soll ein guter Ton gewidmet werden.